



Niederschrift zur 1. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Mittwoch, den 23.01.2019
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 20:46 Uhr
Ort, Raum: **Bürgerhaus Wündorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in
15806 Zossen, Ortsteil Wündorf**

Anwesend sind:

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Olaf Manthey

Stadtverordnete(r)

Herr Sven Baranowski
Herr Burkhard Degner
Frau Cornelia Graffunder
Herr Peter Hummer
Herr Detlef Klucke
Herr Torsten Kniesigk
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Edgar Leisten
Herr Norbert Magasch
Herr Carsten Preuß
Herr Sven Reimer
Herr Dr. Rainer Reinecke
Frau Waltraud Schröder
Herr Reinhard Schulz
Herr Steffen Sloty
Frau Brigitte Thieke
Herr Jörg Wanke
Herr Matthias Wilke
Herr Rainer Zurawski

Bürgermeisterin

Frau Michaela Schreiber

Amtsleiterin Kämmerei

Frau Andrea Hollstein

Öffentlichkeitsarbeit

Herr Fred Hasselmann

Protokollantin

Frau Carmen Schulze

Gäste

Frau Dora Haenicke
Herr Lutz Haenicke
Herr Matthias Juricke
Frau Barbara Kaulen
Frau Brigitte Krawczyk
Herr Robin Lewinsohn

Ortsvorsteher Horstfelde
Plan B
Ortsvorsteherin Lindenbrück
Plan B

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Herr Thomas Blanke	entschuldigt
Herr Wilfried Käthe	entschuldigt
Herr Bernd Klauck	entschuldigt
Frau Petra Miersch	entschuldigt
Herr Andreas Noack	entschuldigt
Frau Gudrun Timm	entschuldigt
Herr Rolf von Lützow	entschuldigt
Frau Freifrau Maria von Schrötter	

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Manthey, um 19:00 Uhr eröffnet.
Herr Manthey wies die Anwesenden darauf hin, dass Bild und Tonaufnahmen während der Sitzung nicht gestattet seien.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Manthey stellte fest, dass von den 29 Stadtverordneten 16 anwesend waren. Die Sitzung war somit beschlussfähig.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Einwendungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung. Die Abstimmung erfolgte in vorliegender Form.

Abstimmung: 16 / 0 / 0

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2018

Es lagen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt damit als angenommen.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Der Bericht aus der Verwaltung wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten in schriftlicher Form verteilt. Er enthielt folgende Punkte, zu denen Frau Schreiber kurze Ausführungen machte:

1. Kita Rappelkiste
2. Kita Bummi (Neubau Hort Zossen)
3. Bahnquerung Neuhof
4. Bahnquerung Wünsdorf
5. Aufnahme/Beseitigung Winterschäden/Reparaturen
6. Stadtpark, Rosengarten und Springbrunnen
7. Innenstadtsanierung
 - „Zossen Maler“
 - Parkplatz C „Fischerstraße 26“
 - Sanierung Rosengasse
8. Umsetzung Sportanlagen/Außenanlagen
 - Sportanlage Burgberg, Wünsdorf
 - Außenanlage Grundschule Glienick
Vorgarten + Terrasse
Schulhof, Bereich Spielplatz Hort

9. Maler- und Instandsetzungsarbeiten
10. Umbau und Erweiterung Feuerwehr
11. Kalkschachtöfen
12. Instandsetzung „Alter Krug“
13. Normenkontrollverfahren gegen Veränderungssperre
14. FNP Siedlung
15. Aktueller Stand Kita
16. Tempo 30 km/h
17. Prüfung Jahresrechnungen
 - Prüfung Jahresabschluss 2014
 - Prüfung Jahresabschluss 2015
18. Einwendungen zum Kreishaushalt 2019
19. Stadtblatt
20. Internet
21. Wahlhelfer für die Kommunalwahl gesucht
22. Sicherheitspartnerschaft Stadt Zossen – Polizei
23. Fördermittel für Neubau Gesamtschule abgelehnt

Der Bericht aus der Verwaltung wird dem Urprotokoll als Anlage beigefügt.

Herr Preuß nahm ab 19:05 Uhr an der Stadtverordnetenversammlung teil; 17 Stadtverordnete anwesend.

Herr Wanke nahm ab 19:12 Uhr an der Stadtverordnetenversammlung teil; 18 Stadtverordnete anwesend.

zu 6 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL

Der Bericht zu den Zweckverbänden wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten in schriftlicher Form verteilt. Er enthielt folgende Punkte, zu denen Frau Schreiber kurze Ausführungen machte:

- Zweckverband KMS
- Zweckverband MAWV
- Zweckverband WARL

Der Bericht wird dem Urprotokoll an Anlage beigefügt.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Herr Haenicke:

1. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (KAG): Ist Ihnen die Thematik bekannt?
2. Bahnhof Wünsdorf wurde ausgebaut. Werden in der Situation auch Elektro- und Wasserstofftankstellen angeschlossen?
3. S-Bahnausbau bis Wünsdorf: Werden hierfür Flächen vorgehalten?

Frau Schreiber:

Zu 1.: Der Beratungspunkt zum Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg (KAG) wird im nächsten Ausschuss BBW auf der Tagesordnung stehen. Es muss geklärt werden, wie mit diesem Thema umgegangen werden soll.

Zu 2.: Es gibt noch keine Nachfragen von Bürgern zu den Elektro- und Wasserstofftankstellen; wird dem Planer den Hinweis geben, dies als Platzhalter einzuplanen.

Zu 3.: Es wurden Flächen bei der Planung der Bahnquerung Dabendorf freigehalten.

Herr Haenicke:

Könnte die Stadtverordnetenversammlung eine Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschließen?

Frau Schreiber:

Eine Resolution kann nur als Antrag durch die Fraktionen auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Herr J.:

Stand der Bilanz der Fördermittel in dieser Legislaturperiode? Welche Fördermittel wurden beantragt und welche wurden bereits realisiert? Bat die Verwaltung um eine Aufstellung zur nächsten Stadtverordnetenversammlung.

zu 8 **Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung**

Herr Klucke teilte für seine Fraktion folgende Änderung der Fraktionsbezeichnung mit:

Alt: FREIE-Unabhängige

Neu: Vereinigung Unabhängiger Bürger – VUB

An den Mitgliedschaften in der Fraktion VUB/Bündnis 90 „Die Grünen“, den Ausschüssen und Gremien ergeben sich zunächst bis auf Weiteres keine Änderungen.

Die Änderung wurde schriftlich an die Verwaltung übergeben.

Herr Hummer, Frau Schröder und Herr Kniesigk nahmen ab 19:25 Uhr an der Stadtverordnetenversammlung teil, 21 Stadtverordnete anwesend.

zu 9 **Beschlussvorlagen**

zu 9.1 **1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Zossen für das Haushaltsjahr 2019**

Vorlage: 001/19 (Einbringung)

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019

a) in der vorliegenden Form

oder

b) in der gem. Protokoll geänderten Form.

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Zossen für das Haushaltsjahr 2019 wurde an alle anwesenden Stadtverordneten per Unterschrift übergeben. Die restlichen Stadtverordneten sowie die Sachkunden Einwohner des Ausschusses Finanzen erhalten die 1. Nachtragshaushaltssatzung über die Postfächer per Unterschrift. Hierzu erfolgt eine schriftliche Information per Mail.

Frau Schreiber und Frau Hollstein machten ausführliche Anmerkungen zur Einbringung der 1. Nachtragshaushaltssatzung.

Zeitschiene der Einbringung, Beratung und Entscheidung der Beschlussvorlage 001/19:

Stadtverordnetenversammlung: 23.01.2019 (Einbringung)

Ausschuss für Finanzen: 20.02.2019 (Beratung und Empfehlung)

Stadtverordnetenversammlung: 13.03.2019 (Entscheidung)

zu 9.2 Verwendung von Überschüssen aus der Verwaltungstätigkeit der ZWG - Schuldendiensthilfe
Vorlage: 002/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt Hauskontenentnahmen in Höhe von 234.200,00 € zur Deckung des Schuldendienstes 2018 (Zins und Tilgung) für die Kredite der Objekte Jobcenter und Hauptstraße 38 in Kallinchen sowie für die Alt-schulden.

Abstimmung der Beschlussvorlage 002/19: 16 / 0 / 5
Damit wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich beschlossen.

zu 9.3 Bahnquerung Wünsdorf
Vorlage: 067/18

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Verwaltung beauftragt ein Planungsbüro mit der Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes. Auf dem Platz vor dem Bahnhof Wünsdorf (westlich der Bahn) sollen P+R-Möglichkeiten geschaffen werden.*

und

2. *Die Verwaltung beauftragt ein Planungsbüro mit der Planung zum Ausbau der Friedenstraße zwischen der Straßenüberführung und dem Anschluss an die Mel-lenseestraße.*

Abstimmung der Beschlussvorlage 067/18: 14 / 6 / 1
Damit wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich beschlossen.

zu 9.4 Festlegung der zu ändernden Flächen in der 3. Änderung des Flächennutzungsplans
Vorlage: 079/18/01

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die aufgeführten Flächen sind Änderungsflächen in der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Die Ergebnisse der schriftlichen Anhörung aller Ortsbeiräte sowie die Änderungsvorschläge zum FNP mit der Empfehlung des Ausschusses BBW vom 16.01.2019 wurden an alle Stadtverordneten vor der Sitzung auf die Tische verteilt.

Frau Schreiber informierte wie folgt:

- Im Ausschuss BBW am 16.01.2019 erfolgte eine Einzelabstimmung zu den Lfd.-Nrn. der Beschlussvorlage 079/18/01.
- Zu den Lfd. Nrn. 21, 40 und 49 kam es zur Dissens zwischen der Verwaltung und des Ausschusses BBW. Die genannten Lfd.-Nrn. werden somit vertagt wegen weiterer Prüfung; Wiedervorlage erfolgt zur 4. Änderung des FNP. Gleiches gilt für alle Nein-Stimmen der Verwaltung.

- Die mit Ja abgestimmten Änderungsvorschläge gehen in die förmliche 3. Änderung des FNP. Hierzu erfolgt ein Beschluss zum nächsten Ausschuss BBW und zur nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Es erfolgte die Abstimmung der Beschlussvorlage 079/18/01 im Block mit der verteilten Tischvorlage und die laut Protokoll genannten Sachverhalte zu den Lfd.-Nrn. 21, 40, 49 (Differenzierung zwischen Verwaltung und Ausschuss BBW) sowie allen Nein-Stimmen der Verwaltung:

Abstimmung 15 / 4 / 2

Damit wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich beschlossen.

zu 9.5 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Weinberge" in Zossen
Vorlage: 003/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Weinberge“ in Zossen und deren Bekanntmachung gemäß § 2 (1) BauGB (Baugesetzbuch).*

und

2. *Die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.*

Abstimmung der Beschlussvorlage 003/19 zu 1. und 2.: 20 / 0 / 1

Damit wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich beschlossen.

zu 9.6 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Wohnen am Alten Sportplatz" in Zossen
Vorlage: 004/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohnen am Alten Sportplatz“ in Zossen und deren Bekanntmachung gemäß § 2 (1) BauGB (Baugesetzbuch).*

und

2. *Die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.*

Abstimmung der Beschlussvorlage 004/19 zu 1. und 2.: 16 / 4 / 1

Damit wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich beschlossen.

zu 9.7 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Wohnen am Stadtpark" in Zossen
Vorlage: 005/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohnen am Stadtpark“ in Zossen und deren Bekanntmachung gemäß § 2 (1) BauGB (Baugesetzbuch).*

und

2. Die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

Abstimmung der Beschlussvorlage 005/19 zu 1. und 2.: 15 / 3 / 3
Damit wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich beschlossen.

zu 9.8 Befreiung von der Festsetzung des MI 2 im Bebauungsplan "Neues Wohnen am Scheunenviertel" in Zossen
Vorlage: 007/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Befreiung von der Festsetzung MI 2 (Mischgebiet) und Änderung der möglichen Nutzung in ein WA (allgemeines Wohngebiet).

Abstimmung der Beschlussvorlage 007/19: 20 / 0 / 1
Damit wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich beschlossen.

zu 10 Anträge von Fraktionen

zu 10.1 Gemeinsamer Antrag der Stadtverordneten der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen, eingereicht von der Fraktion Plan B vom 14.01.2019: Nicht gewährte Fördermittel durch das Land Brandenburg für den Neubau der Gesamtschule Dabendorf
(als gemeinsamer Antrag gestellt von allen Fraktionen und Stadtverordneten, die auf der SVV am 23.01.2019 in namentlicher Abstimmung mit JA stimmten)
Vorlage: 008/19

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. *Die Stadtverordnetenversammlung hat kein Verständnis dafür, dass das Land Brandenburg die Mittel des Bundes für den Ausbau von Schulen nicht gleichberechtigt an die Kommunen im Land Brandenburg weitergibt, sondern mit der Fördermittelvergabe politische Entscheidungen trifft. Dass dies bei Fördermitteln des Landes Brandenburg der Fall ist, ist schon seit langem bekannt. Dass nun aber auch Fördermittel des Bundes, die dem Land nur „treuhänderisch“ übergeben werden, entsprechend politischen Vorgaben und nicht aufgrund von Sachentscheidungen vergeben werden, ist beschämend. Der Neubau der Gesamtschule Dabendorf für 1000 Schüler löst Probleme in der Kapazität für das südliche Berliner Umland und damit lösen wir eine wichtige Kreis- und Landesaufgabe. Dabei wird die Stadt Zossen mal wieder alleine gelassen. Wir sind enttäuscht von dieser Art der Politik des Landes Brandenburg und verärgert über den Umgang mit der Stadt Zossen. Wir bitten ausdrücklich die Bundesregierung, auf das Land Brandenburg einzuwirken, um bei der Weitergabe von Bundesmitteln sachlich und objektiv zu entscheiden und eine rein politische Entscheidung in Zukunft zu unterbinden.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, den Inhalt dieses Beschlusses zu Nr. 1 entsprechend gegenüber den Landtagsabgeordneten und der Landesregierung kundzutun. Da es sich um Fördermittel des Bundes handelt, auch gegenüber den Bundestagsabgeordneten und dem Bundesministerium. Des Weiteren auch gegenüber den Medien. Unterzeichnet von allen Stadtverordneten, die dem Antrag zugestimmt haben.*
3. *Als besonderes „Dankeschön“ an die Landesregierung wird die Verwaltung beauftragt, ein Banner anzufertigen und bei jedem öffentlichen Termin auf der Bau-*

stelle aufzustellen, mit dem Inhalt:

„Danke für Nichts

an Rot-Rot Brandenburg“

unterzeichnet von allen Fraktionen und Stadtverordneten, die diesem Antrag zugestimmt haben.

4. Hinsichtlich des bislang gefassten Beschlusses über „Gemeinsames Lernen“ an der neuen Gesamtschule Dabendorf ist die Aufhebung dieses Beschlusses vorzubereiten und im Fachausschuss zu beraten, ggf. mit anschließender Vorlage in die SVV.

Frau Schreiber machte ausführliche Anmerkungen zum o. g. Fraktionsantrag.

Herr Wilke stellte, für die Fraktion Plan B, einen Antrag zur Geschäftsordnung auf namentliche Abstimmung des Fraktionsantrages Nr. 008/19.

Nach kontroverser Diskussion wurde der Fraktionsantrag Nr. 008/19 namentlich wie folgt abgestimmt.

Herr Baranowski	JA	Herr Reimer	JA
Herr Degner	JA	Herr Dr. Reinecke	NEIN
Frau Graffunder	NEIN	Frau Schreiber	JA
Herr Hummer	JA	Frau Schröder	JA
Herr Klucke	JA	Herr Schulz	JA
Herr Kniesigk	JA	Herr Sloty	NEIN
Herr Kühnapfel	JA	Frau Thieke	Enthaltung
Herr Leisten	JA	Herr Wanke	NEIN
Herr Manthey	JA	Herr Wilke	JA
Herr Magasch	JA	Herr Zurawski	JA
Herr Preuß	NEIN		

Abstimmung: 15 / 5 / 1

Damit wurde der Fraktionsantrag mehrheitlich beschlossen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 20:22 Uhr und Pause.

Olaf Manthey
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Carmen Schulze
Protokollantin